Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die 5-spaltige Petitzeile für Anzeigen aus Auer und Umgegend 30 Pfennige, auswärtige Anzeigen 34 Pfennige, Reklamezeile 90 Pfennige, auswärtige Reklamen 1 Reichsmark, amtliche Zeile 40 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 15 — Dienstag, den 19. Januar 1932 — 27. Jahrgang

Verschleppungsbemühungen um Lausanne

Erst Moratorium und Wahlen? — Weitere Verschleppungsmanöver Frankreichs Angst vor der Isolierung

Der französische Pressefeldzug in der Reparationsfrage

Paris, 17. Januar. Der „Temps" vertritt heute den Standpunkt, daß nur eine endgültige Verständigung aller Gläubigermächte auf eine bestimmte Formel, die auch als Vorläufer der von den Italienern geforderten europäischen Einheitsfront gelten könnte, einige Aussicht für den Erfolg der Reparationskonferenz biete. Die englische Formel, wonach Deutschland bis 1. Juli 1933 ein vollständiges Moratorium gewährt und während dieser Zeit eine endgültige Reparationsregelung vorbereitet werden soll, sei äußerst gefährlich. Damit würde man de facto auch den Vorbehalt aufgeben, den Frankreich betreffend die grundsätzliche Zahlung der ungeschützten Annuitäten habe machen müssen. Das heiße, vor der radikalen These Berlins zu kapitulieren, derzufolge Deutschland überhaupt keine Zahlungen mehr leisten könne und wolle. „Temps" sucht die Engländer für seine Auffassung zu gewinnen, indem er behauptet, durch die englische Lösung werde Deutschland in eine durchaus bevorzugte Lage gebracht, um auf dem Weltmarkt dem Handel der anderen Länder Konkurrenz zu machen. Das Wohlergehen Englands würde ganz besonders bedroht werden. Dann aber tritt das Blatt für die europäische Einheitsfront ein, die von Amerika die Streichung der Schulden verlangen soll. „Journal des Debats" erklärt, ob die Konferenz zusammentrete oder ob man sie vertage: Die französische Regierung müsse jedenfalls den unverrückbaren Entschluß zum Ausdruck bringen, sich nicht ausplündern zu lassen. Eventuell müsse man Deutschland die ihm bewilligten Kredite abschneiden. Keine Warnung werde von Deutschland besser verstanden werden als diese. „Libertee" ist für die Vertagung. Sie erklärt, niemand habe ein Interesse daran, nach Ouchy zu gehen.

London und Lausanne

London, 17. Januar. Unterrichtete Kreise sind nach wie vor skeptisch, ob die Lausanner Konferenz zu dem festgesetzten Termin stattfinden wird. Es heißt, daß England bestrebt sein wird, auf der Konferenz eine bedingungslose sechsmonatige Verlängerung des Kriegsschuldenmoratoriums durchzusetzen, um so wenigstens einige der akutesten Schwierigkeiten zu beheben. Man hofft, Frankreich werde sich in den nächsten Tagen dazu bereit erklären, eine solche Regelung anzunehmen. Paris hat sich indessen bis jetzt noch nicht geäußert. „Sunday Times" läßt sich nun von ihrem Pariser Korrespondenten berichten, die Aussichten auf eine französisch-englische Verständigung seien keineswegs günstig, umsomehr, als die britische Regierung darauf bestehe, daß Deutschland überhaupt keine Zahlungen mehr leiste, auch die nicht, welche es seit dem 6. Juli zahlen mußte, während Frankreich auf den Vorschlägen beharre, die es in der vergangenen Woche den Sachverständigen unterbreitet hat. „Observer" hingegen ist optimistisch. Sein diplomatischer Korrespondent stellt die Sachlage so dar, als ob zwischen Deutschland, Frankreich, Italien und England bereits eine Art Einvernehmen erzielt worden sei. Es sei beschlossen worden, die Lausanner Konferenz nach einigen Tagen schon zu beendigen, die dort vertretenen elf europäischen Länder würden Amerika den Vorschlag unterbreiten, das jetzt bestehende Moratorium um weitere 6 Monate zu verlängern und die Beratungen Ende des Jahres wieder aufzunehmen mit dem Ziel, eine endgültige Regelung des Reparations- und Schuldenproblems zu suchen. Im Leitartikel der Zeitschrift wird diese Mitteilung kommentiert. Es sei unmöglich, so heißt es hier, innerhalb der nächsten Wochen eine dauernde Regelung zu treffen, weshalb eine solche „Aushilfepolitik" ratsam erscheint. Mussolini wird wegen seiner Haltung zu diesen Fragen gelobt: Er habe damit den Nationen eine moralische Führung gegeben. Die Erklärung des deutschen Reichskanzlers, Deutschland sei an der Grenze der materiellen und moralischen Ausdauer, werden als mutige Haltung charakterisiert, die deshalb gegen ihn erhobenen Angriffe seien ungerecht, denn der deutsche Reichskanzler sei bei der verzweifelten Lage seines Landes gezwungen, eine klare Warnung zu erlassen. Das Blatt unterstreicht die Konzilianz des deutschen Reichskanzlers und meint, er habe keineswegs die Absicht gehabt Frankreich zu brüskieren. Es sei nur ehrlich gewesen und seine Worte wären mild, verglichen mit den Gefühlen des deutschen Volkes. Abschließend beschäftigt sich „Observer" mit den Angriffen deutscher Blätter gegen die Erklärungen Laytons und Keynes, die umso bedauerlicher seien, als sie sich gegen Männer richteten, die seit dem Waffenstillstand zu den tapfersten und beständigsten Freunden Deutschlands zählten. So verzweifelt auch augenblicklich die Lage des deutschen Volkes sei, man könne nicht verlangen, daß es, verglichen mit den Steuerzahlern der anderen in Betracht kommenden Länder auf Rosen gebettet werde. Deutschland müsse wie jedes andere Land auch, an den Kosten der Weltregelung partizipieren.

Lansbury für Streichung der Reparationen

London, 16. Jan. Lansbury, der Führer der Arbeiteropposition im Unterhaus, wandte sich gestern in scharfen Worten gegen die Beibehaltung der Reparationen. Der Regierung muß gesagt werden, so bemerkte er, daß diese Reparationsangelegenheit ein Ende haben soll. Wir müssen Amerika sagen, daß wir weder Schulden einsammeln noch zahlen wollen. Die Welt weiß, daß die Zeit der Reparationen vorüber ist. Man kann nicht wagen, die deutsche Nation zu ruinieren, ohne gleichzeitig sich selbst zu ruinieren.

Eine neue Mahnung Mussolinis

London, 17. Januar. Mussolini, der seinen Ansichten in der Frage der Kriegsschulden und Reparationen in den letzten Tagen in unmißverständlicher Weise Ausdruck gegeben hat, schreibt heute in einem vom „Sunday Dispatch" veröffentlichten Artikel: Die Weltkrise hat den Punkt erreicht, wo sie die raschesten und wirksamsten Heilmittel erfordert. Halbe Maßnahmen haben keinen Zweck mehr. Die Lage verlangt die Energie, den Weitblick, den Mut und die Intelligenz der Besten, die jede Nation geben kann. Im Welthandel befinden wir uns in einer Zwangsjacke. Seit mehreren Monaten steht die Welt in einem wirtschaftlichen Kriegszustande. Nicht mehr lange und dieser Zustand wirtschaftlichen Krieges wird in Europa und in der Welt allgemein sein. Zum Schluß tritt Mussolini für einen Abbau der Zolltarifmauern bei allen Nationen ein. Eine besondere Note erhalten diese Ausführungen Mussolinis durch den Bericht des römischen Korrespondenten des „Observer". Dieser schreibt: In der italienischen Hauptstadt bestehen ernste Besorgnisse wegen der europäischen Lage in der nahen Zukunft, wenn die augenblickliche Krise während dieses Jahres fortdauert. In Rom ist man der Ansicht, daß die Völker Europas keinen Arbeitslosenwinter mehr hinnehmen und seine Not so ruhig ertragen werden, wie sie sie in diesem Winter erduldet haben. Diese Befürchtungen werden eines der Argumente Italiens für Streichung der Schulden bilden, wenn die Lausanner Konferenz zusammentritt.

Breitscheid gegen Reparationen

Berlin, 17. Jan. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Dr. Breitscheid, erklärte in einer Versammlung des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit zur Reparationsfrage, daß die Sozialdemokratie mit der Unterstützung der Erfüllungspolitik niemals die moralische oder die politische Berechtigung der Reparationen anerkannt, dagegen immer die Grenzen dieser Erfüllungspolitik aufgezeigt habe. Wenn Reichskanzler Brüning in Lausanne erklären werde, daß Deutschland heute und in Zukunft keine Reparationen zahlen könne, werde er der Zustimmung des ganzen Volkes sicher sein.

Haltlose Gerüchte über die Kassenlage des Reiches

Berlin, 17. Jan. Amtlich wird mitgeteilt: Durch verschiedene Zeitungen gehen Meldungen, nach denen die Reichsregierung infolge ungünstiger Kassenlage beabsichtige, die Gehälter der Reichsbeamten zu kürzen oder nicht voll auszuzahlen. Diese Gerüchte sind aus der Luft gegriffen. In der Reichsregierung schweben keinerlei Erörterungen über derartige Maßnahmen.

Abzeichenverbot aufgehoben

Berlin, 18. Jan. Amtlich wird mitgeteilt: Auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet: „Vom Inkrafttreten dieser Verordnung an gilt das in der 4. Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze der öffentlichen Ruhe und Ordnung vom 8. Dezember 1931 ausgesprochene Verbot des Tragens von Abzeichen nicht mehr für Nadeln, Rosetten und ähnliche kleinere Abzeichen in der Form und Größe, wie sie bisher von politischen Vereinigungen üblicherweise getragen wurden.

Eine Erklärung Hitlers an Brüning

München, 18. Januar. Im Anschluß an die Verhandlungen, die zwischen Brüning und Hitler wegen der Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten stattgefunden haben, hat Hitler bekanntlich dem Kanzler eine längere Erklärung übergeben, die jetzt veröffentlicht wird. Es heißt darin u. a., Hitler sei aus verfassungsmäßigen und politischen Erwägungen heraus nicht in der Lage, die Aktion des Reichskanzlers zu unterstützen. Die Zweifel daran, ob eine parlamentarische Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten zulässig sei, wenn die Verfassung ein wirkliches Fundament des staatlichen Lebens sein solle, könnten nicht beseitigt werden. Sollte aber trotzdem die Auslegung, daß ein Beschluß der Zweidrittelmehrheit des Parlaments entgegen den Bestimmungen der Reichsverfassung einer Volkswahl gleichgestellt werden könne, zugestimmt werden, so müßte die Voraussetzung erfüllt sein, daß der Reichstag in seiner heutigen Zusammensetzung dem Willen des Volkes entspreche. Alle anderen Gründe innen- oder außenpolitischer Art könnten nicht den Freibrief abgeben für die Verletzung der Verfassung. Zum Schluß erklärt Hitler, daß es auch eine Frage der Moral sei, ob es erträglich erscheine, jahrelang als Staatsfeinde verfemt zu werden, um dann als Menschen zweiter Klasse plötzlich mit einem Herantritt bei einer Rettungsaktion beehrt zu werden. Auch dieses Moment bestimme die ablehnende Haltung seiner Partei.

Für Recht, Sicherheit, und Gleichberechtigung!

Kundgebung des Kyffhäuserbundes im Berliner Sportpalast

Die vom Deutschen Reichskriegerbund „Kyffhäuser" am Sonntag anläßlich der 61. Wiederkehr des Reichsgründungstages im Berliner Sportpalast veranstaltete Deutsche Weihestunde nahm in Gegenwart des Ehrenmitgliedes des Preußischen Landes-Kriegerverbandes, Generalfeldmarschall von Mackensen, und zahlreicher führender Persönlichkeiten des neuen und alten Heeres einen überaus eindrucksvollen Verlauf. Im Mittelpunkt der machtvollen Kundgebung stand die von den 16 000 den Riesenraum bis auf den letzten Platz füllenden Kyffhäuserkameraden, Freunden und Anhängern des Kyffhäusergedankens begeistert aufgenommene Ansprache des 1. Kyffhäuser-Bundespräsidenten General d. Art. a. D. von Horn. Am Schluß dieser Ansprache wurde folgende

Entschließung

angenommen:

„Zehntausende deutscher Männer und Frauen, die heute im Sportpalast zu Berlin versammelt sind, und weit über diese Zahl hinaus weisen erneut mit Entrüstung die Kriegsschuldlüge zurück. Sie ist als unhaltbar erwiesen und darf nicht länger Vorwand sein für die dauernden Demütigungen und unmenschlichen Belastungen selbst kommender Generationen.

Sie fordern gleiche Pflichten für alle, also Abrüstung der anderen in gleichem Umfange und nach gleicher Methode wie sie uns aufgezwungen sind.

Sie fordern gleiche Rechte für alle, also auch in der Sicherheits- und Wehrfrage. Keinem Staat darf gestattet sein, was Deutschland verboten ist.

Deutsche Selbstachtung, nationale Ehre, deutsche Lebensinteressen gebieten, daß dem Zustande minderen Rechts, in dem wir uns noch immer befinden, ein Ende gemacht wird. Sie fordern Recht und Freiheit! Mögen sich unsere Vertreter in Genf der ungeheuren Verantwortung bewußt sein, die sie Volk und Vaterland gegenüber für Gegenwart und Zukunft tragen.

Stegerwald: Rückkehr zu den Realitäten

Recklinghausen, 17. Jan. Auf dem Kreisparteitag der Zentrumspartei des Bezirkes Recklinghausen erklärte Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald u. a.: Das Jahr 1932 wird für die Zukunft Deutschlands und die Geschicke der Welt ein Entscheidungsjahr erster Ordnung werden. Im letzten Jahrzehnt sind ohne Zweifel nicht nur in der Weltpolitik, sondern auch in der deutschen Politik große Fehler gemacht worden. Letztere waren kaum zu vermeiden, da wir zu lange den halbabsolutistischen Staat der Vorkriegszeit erhalten haben und nach dem Zusammenbruch der Uebergang zur Demokratie zu schroff war.

Gegenwärtig sind wir nach vielen Irrungen und Wirrungen auf dem besten Wege, zu den politischen und wirtschaftlichen Realitäten zurückzukehren. In den nächsten Monaten steht das deutsche Volk vor der Entscheidung: soll dieser Weg planvoll weiter gegangen werden oder sollen wir uns erneut auf den Weg der Irrungen und Wirrungen

SLUB
Wir führen Wissen.